

Kaufmännlicher: Hellmuth Pivert, Dresden-Johannstadt; Bruno Raabe, Leipzig, Klub im Volkshaus; 2. Preise: Erna Erbs, Leipzig-Dkt; Helene Schömann, Dresden, Zentralverein Dresden; Max Dorn, Großhirsberg; Clemens Andrae, Dresden-Leuben; Ernst Dertwila, Dresden-Johannstadt; 3. Preise: Max Gert, Bautzen; außerdem zwei Preisbillaunen, 200 Silben (6 Arbeiten abgegeben); 1. Preise: Richard Klüger, Jittau Klub; Elise Schumann, LSCab, Damenverein; 2. Preise: Gertrud Grelmann, Pirna 1902; Paul Müller, Arndorf (Mitglied des Vereins Dresden Kaufmännlicher), 240 Silben (4 Arbeiten abgegeben); 3. Preise: Karl Werner, Jittau „Gabelberger“; Helene Wenzel, Leipzig „Gabelberger“; außerdem 1 Preisbillaune, 200 Silben (1 Arbeit abgegeben); 2. Preise: Wilh. Böttner, Leipzig „Gabelberger“, 340 Silben (1 Arbeit abgegeben); 2. Preise: Georg Dörig, Leipzig „Gabelberger“, Werner und Arbeiten abgegeben worden in den Abteilungen 180 Silben 8, 100 Silben 87, 140 Silben 59 und 120 Silben 71. Die Preise dieser Arbeiten, sowie die für das Abschreiben sollen in der nächsten Nummer der „Mitteilungen aus Sachsen“ bekannt gegeben werden. Herr Döbelin sprach namens der geschäftsleitenden Stelle allen Preisträgern die herzlichsten Glückwünsche aus.

Eine Dampferfahrt nach Meiklen beschloß am heutigen Montag die in allen ihren Teilen wohlgegangene Landestagung.

Vertikales und Süßliches.

Mies, den 12. Juni 1922.

— Dienstjubiläum. Herr Ober-Gütervorsteher Morger, gegenwärtig bei der Güterabfertigung im Hafen tätig, beinahe heute sein 40-jähriges Dienstjubiläum.

— Schulausstellung. Mittwoch, 14. Juni, nachm. 4 Uhr findet im Rathhauskingsale öffentliche Schulausstellung statt. Die Tagesordnung hängt im Rathhaus aus.

— Diebstahl. In der Nacht zum 11. Juni d. J. sind aus einem Grundstücke der hiesigen Feldstraße eine beinahe menschenähnliche weiße und graue Farbe mit 8 Fingern im Alter von 5 bis 6 Wochen gestohlen worden. Von den Fingern waren 4 von weißer und grauer und die anderen von weißer und dunkelbrauner Farbe. Da die jungen Kaulinden zweifellos zur Nahrung oder zur Weiterveräußerung verwendet werden, wird gebeten, von sachdienlichen Wahrnehmungen die hiesige Kriminal-Abteilung in Kenntnis zu setzen.

— Volkstendenzen nach Vandorten. Die Nachrichtenstelle der Ober-Völkervereinigung teilt mit: Bei Volkstendenzen nach Vandorten (Orten ohne Vorkantale) wird der Name der Vorkantale, zu deren Bezirk der Bestimmungsort gehört, in der Aufschrift häufig gar nicht oder unrichtig angegeben. Dadurch werden Behauptungen verursacht, die empfindliche Verzögerungen zur Folge haben können. Es ist notwendig, daß die Vorkantale unter dem Vorkantale deutlich angegeben und durch Unterstreichen hervorgehoben wird.

— Reichsverband Evang. Jungmännerbünde Deutschlands. Unter zahlreicher Beteiligung aus dem ganzen Reich veranstaltete der Reichsverband Evang. Jungmännerbünde Deutschlands in den Flugtagen in Bismarckshaus (Danzig) eine Preiszeit. In der Veranstaltung waren von 100.000 Mitgliedern 1000 Probe Jungmänner aus allen Gauen unseres Vaterlandes zusammengetreten.

— Die Linksparteien gegen die Regimentsfeier. Die sächsischen Kommunisten haben erklärt, daß auch im roten Sachsen mit Fiebererregung nach Kap-Butsch gerufen wird. So berichtet wörtlich das Dresdener kommunistische Volksblatt in Nr. 131. Schade nur, daß niemand sonst etwas von diesen Rührungen bemerkt hat. Das Blatt beruft sich zum Beweise darauf, daß — in Chemnitz — vom 1. bis 3. Juli ein Regimentstag des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 104 abgehalten werden soll. „Die Reaktion“ fordert ihre „Landsknechte“ auf: Kommt alle nach Chemnitz! Diese Parole klingt genau so wie die Aufrufe zu den Kampfpeditionen der italienischen Faschisten. Das Volksblatt fügt hinzu, daß auch in Blauen vom 17. bis 19. Juni ein Regimentstag des ehemaligen Königl. Sächs. Infanterie-Regiments Nr. 134 stattfinden wird. Die sächsische Arbeiterkammer wird durch die Korpsstage unmittelbar bedroht! Von der Regierung wird daher ein sofortiges Verbot der Regimentstage und durchgreifende Maßnahmen gegen alle ähnlichen Veranstaltungen der Gegenrevolution gefordert. Die mehrheitlich sozialistische „Chemnitzer Volkszeitung“ blät in daselbe Horn, indem sie schreibt: „Wir können heute schon sagen, daß die Mehrheit der Chemnitzer Bevölkerung diese Provokationen nicht ruhig hinnehmen wird. Darüber müssen sich die reaktionären Drahtzieher klar sein, daß sie zu ihrem Regimentstag am 1. bis 3. Juli in Chemnitz einen Empfang haben werden, der sie kaum mit Freude erfüllen wird.“ Was würden die Linksparteien für ein Geheiß erheben, wenn von bürokratischer Seite auch nur in ähnlicher Weise gegen sozialistische Veranstaltungen vorgegangen würde? Man sieht, die Kommunisten als Vorkämpfer des Terrors haben in Sachsen gebräutete Schläger gefunden.

— Max Schippel verteidigt sich. Im Ortsauschuß Dresden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte Max Schippel sich wegen seines Artikels über den Achtundtagsakt zu verantworten. Er führte u. a. aus, daß in dieser Frage unter der Arbeiterschaft noch große Unkenntnis bestände. Die jetzt geltende Verordnung über den Achtundtagsakt dürfe nicht mit einem Gesetz verglichen werden. Die Verordnung sei zeitlich befristet und wäre bereits am 31. März d. J. verfallen, wenn sie nicht nochmals um ein halbes Jahr verlängert worden wäre. An die Stelle der Verordnung müsse ein dauerndes Achtundtagsgesetz treten. Ueber die Ausnahmen müsse den Gewerkschaften ein erheblicher Einfluß eingeräumt werden. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Volkes müsse ganz wesentlich gehoben werden. Ob diese Hebung der Leistungsfähigkeit im Rahmen des absoluten Achtundtags möglich sei, müsse man klar bezweifeln. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die jetzige Warenknappheit durch eine Warenflut abgelöst werde. Die jetzige Demobilisierungsperiode sei durch eine Wiederaufbauperiode abzulösen. Während dieser Zeit müßten die Gewerkschaften über dem Gesetz stehen, um einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Ausnahmen zum Achtundtagsakt auszuüben. Auch der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes habe erklärt, daß der Achtundtagsakt nicht schablonenhaft angewandt werden könne. — In der Aussprache wurden die Bedenkensgänge Schippels zum Teil abgelehnt, zum Teil gutgeheißen. Pawlowitsch meinte, die Gegner Schippels hätten bisher noch nicht gesagt, was nach dem 31. Oktober geschehen soll. Die Arbeiter sollten die „Wirtschaftsunterlassen, um den Arbeitgebern die Möglichkeit zu nehmen, die Aufhebung des Achtundtags zu fordern. Ein anderer Redner wies darauf hin, daß in Finnland in einer Reihe von Betrieben der Achtundtagsakt beseitigt und der Neunundtagsakt eingeführt wurde. Da die finnischen Gewerkschaften durchweg unter kommunistischer Leitung stehen, hätten die deutschen Kommunisten kein Recht, gegen die Schippelschen Artikel Sturm zu laufen.

— Neue Festsetzung der Tariflöhne für die sächsischen Gemeindegewerkschaften. Die Bezirks-Gewerkschaft für kommunale Arbeiter tarifarischen im Freistaat Sachsen hat am 8. Juni unter dem unparteiischen Vorsitz der Herren Regierungsrat Brand vom Sächs. Arbeitsministerium, Regierungsdirektor Dr. Olsch von der

Kreisbauhauptschaft Dresden und Gewerkschaftsbeamten M. Freitag vom Bund der Arbeiter-Verband entschieden, daß die für Monat Mai festgesetzten Löhne der männlichen Gemeindegewerkschaften um 10% erhöht werden. Die Arbeiterinnen erhalten 75%, und die ungelerten Arbeiterinnen 60%, der Erhöhung des Handwerkerlohnes der betr. Klasse. — Nach diesem Schiedspruch betragen die Spigenlöhne der Gemeindegewerkschaften vom 1. Juni 1922 ab

in Ortsklasse	A	B	C
für Handwerker	M. 20,50	19,70	18,70
für angelernte Arbeiter	„ 19,80	18,80	17,80
für ungelerte Arbeiter	„ 18,80	18,00	17,10
für Facharbeiterinnen	„ 13,55	12,75	11,97
für ungelerte Arbeiterinnen	„ 11,75	11,10	10,30

Zu diesen Löhnen treten noch Pinderzulagen in Höhe von 75 Pf. für die Stunde und die Frauenzulage in Höhe von 25 Pf. für die Stunde.

— Die angebl. Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich. WZB meldet: Durch die immer wieder auftauchenden Gerüchte über die angebl. Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich und in den französischen Kolonien veranlaßt, hat die Deutsche Botschaft in Paris erneut eine amtliche Erklärung hierüber von der Französischen Regierung erbeten. Aus der französischen Antwort geht hervor, daß sich außer den nach Artikel 218 und 219 des Versailler Vertrages wegen Vergehen zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen keine weiteren Kriegsgefangenen in Frankreich oder in seinen Kolonien und Protektoraten befinden. Die noch in Frankreich zurückgehaltenen 28 deutschen Kriegsgefangenen sind der Deutschen Regierung namentlich bekannt und Gegenstand ihrer dauernden Fürsorge. Sie stehen mit ihren Angehörigen in dauernder Verbindung.

— Ablehnung von kädtischen Sozialfeuern. Der Landesausschuß des sächsischen Handwerks schreibt: „Nach dem Vorbild von Chemnitz und Leipzig gingen zahlreiche Städte und Gemeinden dazu über, zur Deckung der sozialen Lasten von den gewerblichen Betrieben eine Abgabe von 1 Prozent der geschätzten Löhne an Arbeiter, Beamte und Diensthöfen zu erheben. Auch in Dresden war die Einführung einer derartigen Sozialsteuer beabsichtigt; der Name ist durchaus verkehrt, denn es handelt sich, wie oben genommen, um eine neue Gewerbesteuer. Der Landesausschuß des sächsischen Handwerks erhob bereits auf seiner Mittelerversammlung am 7. April d. J. dagegen energische Einsprüche bei den zuständigen Landes- und Reichsbehörden unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbesteuergesetz verstoße. Das sächsische Finanzministerium hat bei dieser Einwendung als berechtigt anerkannt und die Sozialsteuer die Genehmigung verweigert. Nunmehr hat aber auch der Reichsfinanzminister entschieden, daß die Sozialsteuer des § 2 und 3 des Landesgewerbesteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanz entgegenstehen. Es ist sehr erfindlich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlaß zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdröhlungssteuer angepaßt werden würde.“

— Die Landesgruppe Sachsen des Bundes für Gegenwartschristentum hielt vom 7. bis 9. Juni auf der prächtigen Augustsburg ihre Hauptversammlung ab, die sich durch außerordentlich harten Besuch auszeichnete. Die Leitung lag in den Händen des Pfarrers Henning-Dresden. Der geschäftliche Teil der Tagung galt der Klarstellung des Verhältnisses des Bundes zur „Freien Volkskirchlichen Vereinigung“ und zum „Volkskirchlichen Vorkantale“. Man einigte sich nach umfangreicher Aussprache auf folgende Beschlüsse: „Der Bund für Gegenwartschristentum tritt als solcher der „Freien Volkskirchlichen Vereinigung“ nicht bei, fordert aber seine Ortsgruppen auf, der „Freien Volkskirchlichen Vereinigung“ beizutreten oder mindestens ihre Mitglieder zum Anschluß aufzufordern.“ „Der Bund spricht dem „Volkskirchlichen Vorkantale“ sein hartes Bedenken gegen die Arbeit einzelner Gruppen aus, verweist aber seinen Gruppen die Zusammenarbeit mit den Gruppen des Vorkantales nicht, gibt sich aber der Hoffnung hin, daß der Bund sich härter auf den „volkskirchlichen“ Standpunkt stelle.“ Das Hauptthema der Tagung: „Gemeinde oder Gemeinschaft“ wurde von Pfarrer Gogarten-Telesdorf i. Thür. und Pfarrer Henning-Dresden in zwei sehr starken und sehr gegenständlichen Vorträgen behandelt.

— Großenhain. Auf dem Wochenmarke am Sonnabend stellten sich die Preise für das Vieh wie folgt: Erdbeeren 25,00 M., Stachelbeeren 6,00 M., Butter, Stück 39,00—42,00 M., Eier, Stück 4,00—4,50 M., Rabelau 11,00 M., Karotten, Wäcker 4,00 M., Kartoffeln, alte 2,50 M., Rirschen 14,00 M., Kohlrabi, Kopf 3,00 M., Radieschen, Wäcker 0,80—1,00 M., Rhabarber 1,50 bis 2,50 M., Salat, bleicher, Stauden 0,50—1,00 M., Scheffelsch 10,00—11,00 M., Seelachs o. R. 11,00 M., Rotbarsch o. R. 11,00 M., Schnittlauch, Wäcker 0,50 M., Spargel, starker 16,00—20,00 M., Suppenporgel 5,00—13,00 M., Spinat 2,00 M.

— Bischofsberga. Ein größerer Waldbrand entstand in dem an der Staatsstraße von Reustadt nach Steinigtalwoldsdorf gelegenen Revier in der Nähe des Forsthauses. Vernichtet sind gegen 30.000 Quadratmeter 10-jähriger Waldbestand. Das Feuer ist vermutlich durch unachtsames Wegwerfen von Streichhölzern entstanden.

— Bautzen. Der hiesige Bezirksauschuß erwägt die Anschaffung eines Automobils für den neuen Amtshauptmann Dr. Jungmann. Dieser erklärte in der Sitzung, die staatlichen Fortkommensgehälter seien viel zu gering bei der heutigen Teuerung. Wenn ihm nicht andere Mittel zur Verfügung gestellt würden, könne er den Bezirk nur solange bereisen, bis die 18.000 Mark Staatsgelder aufgebraucht seien, und müsse sich dann auf die Tätigkeit am grünen Tisch beschränken. Die Vertreter der Rechten stellten sich auf den Standpunkt, daß der Amtshauptmann Staatsbeamter sei und die Gemeinden keinen Grund hätten, ihm Mittel zur Verfügung zu stellen, zumal ihnen der Staat immer mehr Lasten aufbürde. Der Verband der Bezirksverbände soll den Landtag um Erhöhung der Fortkommensgehälter der sächsischen Amtshauptleute angeben. Demgegenüber vertritt die Linke die Ansicht, daß der Amtshauptmann Bezirksbeamter sei und daß der Bezirk ihm auch die nötigen Mittel beschaffen müsse.

— Rochlitz. Ein Gauerkreuz wurde in der Umgebung veräußert. Einem Fleischermeister holten Spießhaken sämtliche Hühner aus dem Stall und ließen nur ein schwächer entwickeltes zurück, dem sie einen Fettel um den Hals gebängt hatten mit der Aufschrift: „Ein Jahr zurück!“

— Siebenlehn. Unsere Rastfelderwirtschaft wird nach Ablauf des jetzigen Pachtverhältnisses eingehen.

— Grana. Durch Einkurz einer Mauer wurde der 15-jährige Sohn des Kohlenhändlers Döhler getötet.

— Dornersdorf. Die 15-jährige Frau des Maurers August Binder wurde von einem Radfahrer überfahren und starb an den Folgen.

— Babelitz. Ein entsetzlicher Unglücksfall ist einem Anaben namens Krebs geschehen, der als Pflgehilfe zur Familie des hiesigen Gutbesizers Rüdhardt gehört. Er badete am Dienstagabend im Dorfteich. Als er sich vom Teichufer ins Wasser hinabließ, ist er abgerutscht und dabei unglücklicherweise auf einen Holzstumpf getroffen, der ihm durch den Oberhaken ging und auch noch in die Darmröhre trat, so daß der 13 Jahre alte Junge an einer schweren Blasenverletzung darniederliegt.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 12. Juni 1922.

Eine weitere Entschliessung des Reichsbürgerrates.

— Bremen. Der Reichsbürgerrat nahm in seiner Schlußsitzung eine weitere Entschliessung an, in der es heißt: Ohne grundlegende Revision des Versailler Vertrages in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht ist eine Ordnung der Weltwirtschaft und dauernder Friede nicht möglich. Um eine Revision zu erreichen, müsse eine politische und wirtschaftliche Neuordnung des deutschen Volkes erfolgen. Die Klassen-, Wirtschafts- und Parteikämpfe müßten hinter dem Willen des gesamten Volkes zurücktreten, sein Schicksal zu gestalten durch gemeinsame opferwillige Arbeit aller Volksgenossen in einer auf staatsbürgerlichem Gesichtspunkte und Verantwortungsgesühl aufgebauten Gemeinschaft.

Feste Preise in den oberbayerischen Hotels.

— München. Die „Freibühnen“-Kreise, die nach dem allmählichen Verkümmern der unzureichenden Gerichte über phantastische Preise in den süddeutschen Hotels noch den letzten Nulz zu Miktrogen und Venglichkeit des erbolungsbekundenden Jubiläum gegenüber den Hotelofferten darstellte, ist nunmehr tatsächlich abgebaut worden. Wie die Korrespondenz Hoffmann aus dem bayerischen Allgäu berichtet, bietet das Parkhotel Quipold in Oberdorf, einer der allerersten Hotelbetriebe Süddeutschlands, unter ausdrücklicher Verzicht auf das ominöse „Freibühnen“- für die ganze Sommeraison erstklassige Unterkunft einschließlich besser Verpflegung für den Tag und die Verion zum festen Preise von 300 Mark an.

Der Besuch des Reichspräsidenten in München.

— München. Wie wir erfahren, ist die Nachricht, die Führer der Nationalsozialisten in München seien aus Anlaß des Besuchs des Reichspräsidenten verhaftet worden, unrichtig. Ebenso ist die Meldung aus der Luft gerissen, Sanitätsrat Wittinger habe sich seiner Aburteilung vor dem Reichsgericht durch die Flucht entzogen.

Der fremdsprachliche Unterricht in Bayern.

— München. Der Staatshaushaltsausschuß des Landtages hat einstimmig einen Antrag Dr. Müller-Weinigen (Demokrat) angenommen, wonach der obligatorische französische Sprachunterricht an den höheren bayerischen Lehranstalten durch den obligatorischen englischen Sprachunterricht ersetzt werden soll. Französisch soll Wahlfach bleiben.

Der Wiener Kreisarbeiterrat zur Lage.

— Wien. Der Wiener Kreisarbeiterrat, der laut „Arbeiterzeitung“ Sonnabend zum ersten Male nach dem Austritt der Kommunisten zusammengetreten ist, hat nach einem Bericht des Abgeordneten Otto Bauer über die politische und wirtschaftliche Lage einstimmig eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: Der Kreisarbeiterrat billigt die Bemühungen der Vertrauensmänner der organisierten Arbeiterschaft, die Arbeitermassen von wilden Verweisselungsausbrüchen zurückzuhalten. Aber er macht zugleich nachdrücklich darauf aufmerksam, daß die Lage der Masse unermesslich geworden und daß ihre Schuld zu Ende ist. Alle Mahnungen der Vertrauensmänner zur Besonnenheit droben an der Verweisselung und Erbitterung abzusprallen, wenn nicht schleunigst der Entwertung des Geldes Schranken gesetzt werden. Die Entschliessung führt dann verschiedene Maßregeln als unumgänglich und unaufschiebbar an, u. a. den Ausbau der Bekleidungs-, besonders der Steuern vom landwirtschaftlichen Grundbesitz, Zwangsankleihen auf land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz zur Fundierung einer inneren Anleihe, Verschärfung der Bekleidungs- und Desinfektionsgesetze, Schärfere Tätigkeit des Kriegswirtschafts-, Schärfere Handhabung des Preistreibegesetzes. Der Kreisarbeiterrat lehnt jede Verantwortung für die unvermeidlichen Folgen ab, wenn nicht endlich wirksame Maßregeln gegen die Geldentwertung ergriffen werden. Der Kreisarbeiterrat ist sich dessen bewußt, daß eine dauernde Stabilisierung des Geldwertes nicht ohne ausländische Kredithilfe erreichbar ist. Aber er hält auch in der Kreditpolitik neue Wege für notwendig und fordert die proletarischen Parteien auf, im Falle des Scheiterns der gegenwärtigen Kreditverhandlungen den Kampf um den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland wieder aufzunehmen.

Die französische Reparationspolitik.

— Paris. Das „Echo de Paris“ kündigt an, daß Volcane die nächste Gelegenheit wahrzunehmen werde, um die französische Reparationspolitik nochmals auseinanderzusetzen. Er werde dazu zunächst noch in dieser Woche die Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Blum benutzen, seine eigentliche große Rede über die Reparationsfrage aber erst nach den Londoner Besprechungen mit Lloyd George, die in acht Tagen stattfinden, halten, was dieselben Besprechungen große Bedeutung verleibe. Das Blatt verweist, daß die Politik der französischen Regierung sich in ihren großen Rügen immer noch auf der in der Rede von Bar-le-Duc festgelegten Linie bewegt.

Eine französische Erklärung zur englischen Antwortnote.

— Paris. In einem offiziellen, von Savas veröffentlichten Kommentar zur Antwortnote der englischen Regierung auf das Memorandum Volcane's zur Konferenz im Haag heißt es, die englische Note sei mit der französischen Note zusammengestossen, in der gefordert wird, daß die Vorkonferenz vom 15. bis zum 25. Juni denselben Charakter tragen müsse, wie die anschließenden Verhandlungen mit der russischen Delegation. Nach Ansicht des Foreign-Office solle die Vorkonferenz der Sachverständigen nur zur Festlegung des Verfahrens und der Arbeitsmethoden für die späteren Verhandlungen mit den Sowjets dienen. Dementierend solle die Vorkonferenz einen politischen oder diplomatischen Charakter haben. Unter diesen Umständen werde wahrscheinlich der Plan, den französischen Bevollmächtigten im Haag zum Vertreter Frankreichs auf der Vorkonferenz zu bestimmen, nicht ausgeführt werden. Von französischen Sachverständigen, die unverzüglich ernannt werden sollen, nennt Savas den Direktor der Abteilung für Privatgüter und -interessen im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Alphonse. Weiter werde Frankreich durch Beamte des Finanzministeriums und des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten vertreten werden. Nach Ansicht der englischen Regierung solle die Konferenz vom 25. Juni nicht nur die assistierten und neutralen Delegierten, sondern auch die russischen Vertreter umfassen. In diesem Punkte bestimme zwischen London und Paris eine Meinungsverschiedenheit. In Paris herrsche die Ansicht vor, daß die Sowjetdelegierten nur zur Abgabe von Erklärungen herangezogen werden sollen, während die übrigen Vertreter im Interesse einer gemeinsamen Haltung unter sich arbeiten sollten. Die französische Regierung rechtfertigt allgemein ihre Haltung, indem sie sich auf die Beschlüsse von Cannes beruft, nach denen nicht in die inneren Angelegenheiten Rußlands eingegriffen werden darf. Frankreich habe keine solche Absicht, aber es wünsche, sich das Recht vorzubehalten, jedem Wiederherstellungsunternehmen fernzubleiben, das seinen Staatsangehörigen keine ernstlichen Garantien für die Zukunft als tatsächliche Entschädigung für in der Vergangenheit erlittene Verluste böte. (Siehe auch in der Beilage.)

— Paris. Das „Journal“ schreibt zu der gestern vormittag übergebenen englischen Antwortnote zur Haager Konferenz: Man beobachtet es in französischen Kreisen sehr lebhaft — und es mißt nichts, die Augen davor zu verschließen —, daß die englische Regierung das französische Memorandum über die russische Frage mit einer glatten Ablehnung beantwortet hat. Alles in allem bleibt jedoch auf